

pax_zeit

4_2020



Kein Weihnachten
in Moria



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Von der ersten online pax christi-Delegiertenversammlung berichtet Josef Roberg auf den Seiten 12/13

Bücher des Friedens Geschenke und zum selberlesen

Peter Bürger (Hrsg.): „Es droht eine schwarze Wolke“. Katholische Kirche und Zweiter Weltkrieg

Auch die katholische Kirche hat die Kriegsführung Hitlers unterstützt. Andere, wie der Feldwebel Anton Schmid, der Juden rettete, oder der Leutnant Michael Kitzelmann, der sich gegen den Vernichtungskrieg im Osten wandte, verloren ihr Leben.

Helmut Kurz: In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg

Religiöse Kriegsdienstverweigerer wie Franz Jägerstätter, Michael Lerpcher, Josef Mayr-Nusser und Hermann Stöhr wurden aus christlicher Überzeugung zu Märtyrern. Eindrücklich sind Abschiedsbriefe, Fotos und Zeugnisse.

Ökumenische FriedensDekade: 100 Friedenslieder

Friedens-Liederbuch anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Ökumenischen FriedensDekade für Kirchengemeinden, Aktionsgruppen und Friedensinitiativen.

Ullrich Hahn: Vom Lassen der Gewalt. Thesen, Texte, Theorien zu Gewaltfreiem Handeln heute

In der Sammlung geht es um Verantwortung, Recht, Staat und Gewaltfreiheit auf dem Hintergrund des christlichen Glaubens.

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Alea Horst **Gesamtherstellung** Eva Bege- mann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 01_2021: 14.01.2021

Beilage: Aufkleber der Aktion „Kein Weihnachten in Moria“ und Postkarte „Restriktiv sieht anders aus“

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

warum sieht Europa seine Zukunft eigentlich nicht in den Kindern wie sie das Titelbild zeigt? Länder wie Deutschland brauchen mehr junge Menschen. Warum werden sie abgewiesen und an den EU-Außengrenzen schändlich behandelt? Lesen Sie mehr über die aktuelle pax christi-Initiative „Kein Weihnachten in Moria“ auf den folgenden Seiten.

Was bedeutet es eigentlich für einen Bischof, wenn er Friedensbischof wird? Antworten darauf gibt Peter Kohlgraf, der Bischof von Mainz, der im Gespräch mit der pax_zeit auf sein erstes Jahr als pax christi-Präsident zurückschaut.

Eine klare Orientierung für gewaltfreie Wege um den Frieden zu erreichen, gibt Papst Franziskus in seiner neuen Enzyklika „Fratelli Tutti“. Franziskus schreibt erstmals, obwohl der Katechismus „von der Möglichkeit einer legitimen Verteidigung mit militärischer Gewalt“ (FT 258) spreche, seien die Bedingungen, unter denen diese Verteidigung legitim erscheinen könnte, heute nicht mehr gegeben. Einen Artikel darüber finden Sie in diesem Heft nicht – aber pointierte Zitate auf der letzten Seite. Franziskus kehrt dem Krieg den Rücken zu.

Natürlich informiert dieses Heft auch über die erste Online-Delegiertenversammlung und vieles anderes mehr. Es wäre schön, wenn diese pax_zeit Ihnen gerade jetzt, wo so vieles Online stattfindet, eine friedens-inspirierte ganz analoge Auszeit bereitet.

Mit Dank für Ihr Engagement für eine Welt ohne Gewalt und Waffen grüßt für die ganze pax_zeit-Redaktion

Christine Hoffmann

Briefe von Leser*innen

Drei Leser stolperten über einen Satz in der pax_zeit 3_2020. Im Artikel von Fabian Sieber „Wer hat eigentlich das irrige Gewissen?“ müsste es im ersten Satz auf S. 7, linke Spalte, letzter Abschnitt besser heißen: „Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich war unter diesen Vorzeichen nicht einfach nur gesetzlich verboten, der Kriegsdienst war auch im kirchlichen Bereich gebotene Pflicht.“

Peter Weyrich aus München meldete sich zum Artikel „Gefahr für die Demokratie“ von Manjana Sold. Er schrieb: „Im Grunde teile ich die Sorge von Frau Sold, dass rechtsextreme Kräfte die Pandemie benutzen können um mehr Einfluss auf die Bevölkerung zu bekommen. [...] Meine Fragen: Wen bezeichnet sie mit Rechtsextreme? [...] Was sind für sie Verschwörungstheorien?“

Inhalt

Flüchtlinge

Seite 4
Kein Weihnachten in Moria
Stefanie Wahl

pax christi

Seite 6
Gewaltfreiheit als gangbaren Weg stärken
Bischof Peter Kohlgraf

E-Learning

Seite 8
pax christi online erleben
Rebecca Burkert

Gesellschaftlicher Friede

Seite 10
Ohne globale Kooperation keine Nachhaltigkeit
Tarik Mustafa

pax christi

Seite 12
Erstmalig tagte die Delegiertenversammlung online
Josef Roberg

Drohnen

Seite 14
pax christi lehnt Beschaffung von bewaffneten Drohnen ab
Odilo Metzler

Kampagne

Seite 16
Aktiv für ein Rüstungsexportkontrollgesetz
Susanne Weipert

Gerechter Friede II

Seite 18
Auch Meilensteine werden Geschichte
Stefan Silber

gewaltfrei wirkt.

Seite 20
Die Nukleare Gefangenschaft beenden!
Martin Singe und Armin Lauven

Diözesanverbände im Profil

Seite 21
Neue Konzepte der Friedenssicherung
Monika Bossung-Winkler

Meldungen

Seite 22
Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen
Odilo Metzler

Seite 22
Notizen aus dem Bundesvorstand
Josef Roberg

Glaube Perspektive

Seite 23
Zeit zum Wachsen und Reifen
Birgit Wehner



Foto: Alea Horst

Es sind junge Menschen. Es sind Familien mit Kindern. Sie alle sehnen sich nach einem Leben in Frieden und hoffen auf Demokratie und Partizipationsrechte. Sie hoffen darauf, durch ihre Arbeit ein gutes Leben erwirtschaften zu können. Aber Europa weist sie ab. Wo bleibt da die Mitmenschlichkeit, die Papst Franziskus mit Blick auf die Geflüchteten schon seit der ersten Reise seines Pontifikats nach Lampedusa einfordert? Warum erkennt Europa seine Zukunft nicht in den Augen solcher Kinder?

Lesen Sie mehr über die aktuelle Situation auf Lesbos in einem Kommentar der pax christi-Bundesvorsitzenden Stefanie Wahl auf den Seiten 6 und 7.



Foto: Max Weber

Kein Weihnachten in Moria

Ein Kommentar zur aktuellen Situation auf Lesbos



Stefanie Wahl

In der Nacht vom 8. auf den 9. September zerstörte ein Feuer das Geflüchtetenlager Moria auf der Insel Lesbos. Ganz Europa blickte auf die Insel in der Ägäis und plötzlich war die Not der 13.000 Männer, Frauen und Kinder aus Moria für alle sichtbar. Wegschauen war keine Option mehr. Kurz keimte in mir die Hoffnung, dass nun alles ganz schnell gehen könne und eine Evakuierung der Menschen aus Moria unausweichlich sei. Politiker*innen aus Deutschland und anderen EU-Staaten betonten, es dürfe kein weiteres Moria geben. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Stattdessen überließen die Verantwortlichen die Menschen mehrere Tage einfach ihrem Schicksal. Kein Wasser, keine Nahrung, keine medizinische Versorgung. Statt Hilfe zu leisten, begegnete die griechische Staatsgewalt den schutzlosen Menschen mit Tränengas. Europa im Jahr 2020. Einen Monat nach dem Feuer leben die Geflüchteten, deren Bilder um die Welt gingen, in einem neuen Lager: Kara Tepe 2.

Neues Lager – alte Probleme

Kara Tepe 2 liegt 2,5 km nordöstlich von Mytilini. Auf dem Gelände eines ehemaligen Truppenübungsplatzes wurde direkt am Meer ein provisorisches Zeltlager für ca. 7.600 Menschen errichtet. Die Zeltstadt erweckt von oben den Eindruck von Ordnung und Struktur, doch das Lager ist ein Provisorium: Es gibt Probleme bei der Strom- und Wasserversorgung. Wie schon in Moria fehlt es an Toiletten und Duschkmöglichkeiten. Die Zelte stehen eng nebeneinander, sodass es kaum

Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten gibt. Der Winter steht vor der Tür und die Lage des Camps direkt am Meer macht es besonders anfällig für Wind und Regen. Anfang Oktober wurde das Lager zum ersten Mal von dem im Herbst und Winter typischen Regenfällen überschwemmt. Auf der Insel wird das neue Lager Moria 2.0 genannt. Einen Monat nach dem Feuer bleibt vor allem die Erkenntnis: Die Lage der Geflüchteten auf Lesbos hat sich nicht geändert. Kara Tepe 2 ist ein Hotspot-Lager, in dem Geflüchtete unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht werden. Es ist ein Hotspot wie es ihn auch auf anderen griechischen Inseln wie Samos und Chios gibt. Orte, an denen Menschenwürde und Menschenrechte nicht zählen. Diese Orte gehören zur Abschreckungsstrategie an den EU-Außengrenzen und sind fester Bestandteil der europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Daran ändert auch der vor kurzem vorgestellte EU-Migrationspakt nichts. Am Hotspot-System wird auch nach der Katastrophe von Moria weiter festgehalten.

Die humanitäre Krise hält an

Mit der Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ will pax christi auf die Situation der Geflüchteten in den Hotspots auf den griechischen Inseln aufmerksam machen und fordert die sofortige Evakuierung der Lager und die Aufnahme der Geflüchteten in Deutschland. Die Forderung ist notwendiger denn je, denn obwohl das Hotspot-System offensichtlich gescheitert ist, hält die EU im neuen EU-Migrationspakt weiter

daran fest. Schnellere Asylverfahren und schnellere Abschiebungen sind die Antworten auf die humanitäre Krise in den Lagern. Statt sich für die menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten auszusprechen, bekennt sich die EU mit dem Migrationspakt zu den Hotspot-Lagern an den EU-Außengrenzen. Doch damit nicht genug.

Der neue Migrationspakt ist ein Bekenntnis zu einer Verschärfung des Umgangs mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen. Dieser zeigt sich bereits auf Lesbos. So hat die griechische Regierung angekündigt, Einrichtungen wie das selbstorganisierte Camp Pikpa zu schließen. Dort werden bislang Menschen untergebracht, die als besonders vulnerable gelten, wie Familien mit kleinen Kindern, chronisch kranke Menschen oder Menschen mit Behinderungen. Pikpa ist ein humanitärer Gegenentwurf zur Moria und Kara Tepe 2. Pikpa zeigt, es geht auch anders. Doch genau diese Orte, wo die Geflüchteten menschenwürdig untergebracht werden, sollen nicht mehr sein.

Ich wurde in den letzten Wochen häufig nach der Motivation meines Engagements gefragt. Die Antwort darauf war einfach für mich. Es ist eine christliche Pflicht Menschen in Not zu helfen, in ihnen unsere Nächsten zu sehen. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter hat uns Jesus die Bedingungslosigkeit der Nächstenliebe vor Augen geführt. Aber es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen die Geflüchteten in den Hotspots leben müssen, sind Unrecht, das vor unseren Augen und in unserem Namen geschieht – im Namen der EU. Die Geflüchteten werden in den Lagern zu Menschen zweiter Klasse gemacht, diskriminiert und ausgeschlossen. Die Forderung der Evakuierung der Lager ist die notwendige Antwort auf das Unrecht, ebenso wie die Forderung, sie in Deutschland aufzunehmen.

Verantwortung übernehmen und Solidarität mit den Geflüchteten zeigen – das ist meine, ist unsere Antwort auf die viel beschworene aber fehlende europäische Solidarität der Mitgliedstaaten. Und wir sind nicht allein: In Deutschland haben sich über 190 Kommunen bereit erklärt, Geflüchtete



Die AG Migration hat sich solidarisch mit dem Camp Pikpa erklärt und setzt sich für die menschenwürdige Unterbringungen von Geflüchteten ein.

von den EU-Außengrenzen aufzunehmen. Die Zusage der Bundesregierung, nach dem Brand 1.500 Geflüchtete aufzunehmen, reicht nicht aus. Wir brauchen ein klares politisches Signal, dass das Hotspot-System am Ende ist. Deswegen sprechen wir im Rahmen der Kampagne weiter Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei an, um sie für einen interfraktionellen Antrag zu gewinnen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, aus dringenden humanitären Gründen die Menschen aus den Hotspots auf den griechischen Inseln in Deutschland aufzunehmen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass es kein weiteres Weihnachten in den Hotspots auf den griechischen Inseln geben darf – auch nicht in Moria 2.0.

Stefanie Wahl ist pax christi-Bundesvorsitzende.



Ausführliche Informationen zum Hotspot-System finden Sie im pax christi-Factsheet Nr. 6 auf www.paxchristi.de.

Kein Weihnachten in Moria Eine pax christi-Initiative

Durch das Elend der Geflüchteten werden auch die humanistischen Grundlagen der Europäischen Union beschädigt. Wir bitten eindringlich alle Menschen guten Willens, sich aus humanitären Gründen für die Menschen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Ägäis-Inseln einzusetzen. Die Lebensverhältnisse und die gesundheitliche Versorgung in den Flüchtlingslagern auf den griechischen

Ägäis-Inseln sind katastrophal und unmenschlich. Wir alle sind aufgerufen, dafür zu sorgen, dass die Notleidenden so schnell wie möglich in Deutschland aufgenommen werden. Kein Mensch sollte das Weihnachtsfest 2020 in diesen völlig überfüllten Elendsquartieren erleben müssen.

Abonnieren sie den Newsletter
der Kampagne auf
kein-weihnachten-in-moria.de



Im Friedensgebet von pax christi Rhein-Main in St. Christoph in Mainz gedachten 50 Teilnehmende gemeinsam mit pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Oberbürgermeister Michael Ebling dem Atombombenabwurf in Hiroshima vor 75 Jahren.

Gewaltfreiheit als gangbaren Weg stärken

Rückblick auf das erste Jahr als pax christi-Präsident

Bischof Peter Kohlgraf

Wie schauen Sie auf Ihr erstes Jahr als pax christi-Präsident zurück? Was hat Sie inspiriert? Gibt es etwas, das Ihnen Sorge macht?

Ich habe meine neue Aufgabe als pax christi-Präsident im vergangenen Jahr als sehr spannend erlebt, mit vielen neuen, interessanten Themen und Kontakten. Wichtig war mir zunächst, mich mit dem Thema Frieden theologisch zu beschäftigen. Die Arbeiten zur Friedensethik des Freiburger Moraltheologen Eberhard Schockenhoff, der kürzlich leider verstorben ist, habe ich mit großem Gewinn gelesen. Und natürlich wollte (und will) ich pax christi Deutschland kennenlernen, vor allem die Menschen, die die Bewegung ausmachen. Die Gespräche mit dem Vorstand, aber auch der Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kommissionen waren da sehr hilfreich. Sorge macht mir ganz gewiss der Unfrieden in unserer Welt, dass ein aggressiver Politikstil, Aufrüstung, nationalistische und populistische Tendenzen stärker werden. Die Corona-Pandemie zeigt ja eigentlich, dass wir

die Probleme unserer Welt nur gemeinsam in den Griff bekommen – nicht im Gegeneinander.

Welche Herausforderungen sehen Sie für uns als Friedensbewegung in der Katholischen Kirche?

Es muss uns gelingen im Bewusstsein zu halten, dass unser Einsatz für Frieden keine Nebensächlichkeit ist, sondern sich aus Botschaft Jesu ergibt, ja: ihr Kern ist. Und es ist wichtig zu vermitteln, dass dieser Frieden nicht nur eine fromme, aber letztlich unrealistische Wunschvorstellung ist. In diesem Sinne sollten wir darauf hinarbeiten, die Gewaltfreiheit als Stil einer Politik für den Frieden, von der Papst Franziskus spricht, und überhaupt Gewaltfreiheit als konkrete Option, als gangbaren Weg zu stärken. In der Kirche in Deutschland sehe ich im Moment die Tendenz, dass wir uns sehr stark mit den eigenen Themen beschäftigen. Das ist bestimmt notwendig, ich will die Bedeutung dieser Fragen überhaupt nicht kleinreden. Aber wir dürfen auch nicht aus dem Blick verlieren,

dass wir als Kirche den Auftrag haben, in unsere Welt hineinzuwirken. Hier kann pax christi durchaus Stachel im Fleisch sein.

Gibt es Themen oder Aktionsformen, die Ihnen besondere Freude gemacht oder im Gegenteil gefehlt haben?

Im Jahr 2020 spielte das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren eine große Rolle. Die Gedenk- und Erinnerungskultur zu pflegen, ist sehr wichtig, denn damit ist die Mahnung verbunden, heute für den Frieden einzutreten. In den letzten Monaten hat mich das Thema Atomwaffen und atomare Abrüstung sehr beschäftigt, natürlich auch angeregt durch das Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Das Friedensgebet am 6. August dieses Jahres in der Gedenkstätte Sankt Christoph in Mainz war für mich sehr bewegend und sicherlich ein Höhepunkt in meinem ersten Jahr als pax christi-Präsident. Sehr dankbar bin ich auch für die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“, die die Aufmerksamkeit lenkt auf die skandalösen Zustände in den Flüchtlingslagern und die beschämende Unfähigkeit, eine humane Flüchtlingspolitik zu verfolgen. Schließlich haben die Einschränkungen der Corona-Pandemie dazu geführt, dass eine Reihe von Aktionen ins Digitale verlegt wurden. Ob hier Formen entstehen, die auch dauerhaft Bestand haben, wird sich zeigen.

Gibt es Ziele oder Wünsche, die Sie sich für die nächsten Jahre als pax christi-Präsident gesetzt haben?

Unsere Wahrnehmbarkeit in der Öffentlichkeit noch weiter zu verbessern, daran ist mir sehr gelegen. Auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Bischöfen und kirchlichen Gruppen, die mit Friedensthemen befasst sind, möchte ich nach Kräften fördern. Ein Treffen mit einigen Mitbrüdern am Rande der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz



war, so denke ich, ein guter Anfang. Und einige Themen, die mir wichtig sind, habe ich ja weiter oben schon genannt: Da will ich „dran“ bleiben und sicherlich das eine oder andere vertiefen.

Als Bischof sind Sie eine vielbeschäftigte Person. Ist da noch Platz für Freizeit und Entspannung?

Viel Zeit, meine persönlichen Interessen und Hobbys zu pflegen, habe ich leider nicht. Ich bin sehr gerne in der Natur, da kann ich gut entspannen. Meinen Urlaub in diesem Corona-Jahr habe ich mit Wandern im Gebirge verbracht. Auch Radfahren macht mir Freude: Wenn es geht, versuche ich das auch im Alltag zu tun. Und ich mache gerne Musik. Leider komme nicht mehr oft dazu, mich länger ans Klavier zu setzen, aber wenn ich die Zeit dazu finde, ist es wunderbar.

Die Fragen stellte pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann



pax christi online erleben

Aktiv gewaltfrei. Theorie, Methode und pax christi-Praxis

Rebecca Burkert

„Wenn ich zurückdenke, an die Dinge, die mich dazu inspiriert und motiviert haben, herauszufinden um was es bei Gewaltfreiheit geht, denke ich an die Schriften von Thomas Merton: Er hat Wege ausgelotet, sich politisch und kritisch mit den Vereinigten Staaten von Amerika der 1960er Jahren auseinanderzusetzen. [...] Ich denke auch an die Berrigan Brothers und die vielen anderen Menschen, die sich global um sie gesammelt haben zu dieser Zeit; die die Pflugscharen-Bewegung initiierten. [...] Ich denke an Bernard Häring und seine Arbeit und an die heilende Kraft von Gewaltfreiheit in den frühen 1980ern.“ So beantwortete die ehemalige Generalsekretärin von pax christi Großbritanniens, Pat Gaffney, die Frage, was sie dazu motiviert hat, sich mit aktiver Gewaltfreiheit auseinanderzusetzen.

Wer begeistert uns heute mit seinem gewaltfreien Engagement? Wie sieht die aktive Gewaltfreiheit in der Praxis aus? Und was hat die friedenspolitische Arbeit von pax christi damit zu tun? Diesen und vielen anderen Fragen widmet sich der pax christi-Online-Kurs „Aktiv gewaltfrei. Theorie,

Methode und pax christi-Praxis“, der am 2. Oktober 2020, dem Internationalen Tag der Gewaltfreiheit, startete.

Warum ein Video-basierter Online-Kurs?

Rund zwanzig Aktive aus pax christi-Kommissionen, dem Bundesvorstand, aus Kampagnen und mit Unterstützung von Pax Christi International haben mit ihrer Expertise und ihrer Erfahrung zur Produktion eines informativen und vielseitigen Kurses beigetragen. Auf der Plattform udemy trifft dieser Kurs nicht nur auf die, die sich schon lange in und für pax christi engagieren, sondern auf wissenshungrige Menschen im gesamten deutschsprachigen Raum. Der Kurs „Aktiv gewaltfrei. Theorie, Methode und pax christi-Praxis“ macht so nicht nur unsere Arbeit und die Organisation pax christi bekannter, sondern erreicht eine junge und diverse Zielgruppe.

Was ist Gewaltfreiheit und was hat sie mit uns zu tun?

„Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen“ heißt es in der pax christi-Vision. Doch wie spiegelt sich diese

viel beschworene Aussage in unserem Engagement wider und weshalb? Aus diesem Satz, so der pax christi-Bundesvorsitzende Norbert Richter in seinem Videobeitrag, „leiten wir einen präzisen Auftrag zum politischen Handeln ab. Es ist wichtig und notwendig in den kirchlichen und gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, dass gewaltfreie Schritte der Konfliktlösung wirken. [...] Im privaten Bereich sehen wir gewaltfreie Lösungen als den richtigen Weg an. Bei unserem Miteinander, bei der Erziehung unserer Kinder, bei innergesellschaftlichen Konflikten definieren und propagieren wir nicht die Gewalt als letztes Mittel.“



„*Wer begeistert uns heute mit seinem gewaltfreien Engagement? Wie sieht die aktive Gewaltfreiheit in der Praxis aus? Und was hat die friedenspolitische Arbeit von pax christi damit zu tun?*“

„Die Wirksamkeit ziviler Interventionen in gesellschaftlichen Krisen und auch in hoch gewaltvollen Umgebungen belegen drei Beispiele“, erzählt Ralf Becker, Koordinator der Initiative „Sicherheit neu denken“. Neben Erfolgsgeschichten gewaltfreien Engagements in Somaliland und im indischen Bundesstaat Manipur, beschreibt er das gewaltfreie Engagement von Frauen in einem Distrikt im Nordosten Kenias. Aufgrund anhaltender Angriffe auf Zivilist*innen, organisierten Vertreterinnen verschiedener Clans „Bürgerwehren“, die auf Märkten patrouillierten, entstehende Konflikte medierten und so nachhaltig zu mehr Sicherheit und Frieden beitrugen. Trotz des nachweislichen Erfolgs gewaltfreier Konfliktbearbeitung hat das gewaltfreie Engagement von pax christi in den 1990er Jahren „eine große Grenzerfahrung machen müssen“, so Johannes Schnettler in seinem Videobeitrag „Gewaltfreiheit auf die Probe gestellt: Srebrenica 1995“.

Hätten die Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen – auch ohne robustes Mandat – in Srebrenica im Jahr 1995 eingreifen müssen als serbische Milizen 8.000 Bosnier ermordeten? Ist Gewalt einsetzbar um Leben zu retten – oder wie Johannes

Schnettler fragt: „Wie verhalten wir uns angesichts des biblischen Wortes ‚du sollst nicht töten‘ gegenüber der Forderung ‚liebe deinen Nächsten?‘“ Auseinandersetzung und Uneinigkeiten innerhalb der pax christi-Bewegung zu diesen Fragen trugen letztendlich dazu bei, „dass die Frage nach der Friedensförderung und der Friedenssicherung zum Aufbau und zur Errichtung der Friedensdienste, ziviler Friedensdienste, geführt hat. Ihr Ziel ist die Prävention; Konflikte im Vorfeld durch sozialverträgliches Handeln und Miteinander zu vorzukommen.“

Was bietet der Online-Kurs noch?

Gegliedert in fünf Kapitel und 26 Lektionen bietet der pax christi-Online-Kurs nicht nur eine theoretische und kritische Auseinandersetzung mit aktiver Gewaltfreiheit, sondern zeichnet ein lebendiges Bild davon, wie friedenspolitisches Engagement aussehen kann. Vertreter*innen von „Unter18nie!“, „Sicherheit neu denken“, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, „Deutsches Bündnis Kindersoldaten“ sowie „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ zeigen Schwerpunkte ihrer Arbeit und die gesellschaftspolitische Notwendigkeit ihrer Kampagnen auf. Dass Gewaltfreiheit wirkt – und vor allem wie – zeigt der Kurs anschaulich an diversen Beispielen aus der pax christi-Praxis.

Rebecca Burkert arbeitet bei pax christi als Projektreferentin zum Thema „Aktive Gewaltfreiheit“.



Der Trailer zum Kurs ist auf unserem YouTube-Kanal unter www.youtube.com/watch?v=9ANdHH6SeVw abrufbar.

Die kostenlose Einschreibung in den Online-Kurs ist unter www.udemy.com/course/aktiv-gewaltfrei/ möglich.

Ohne globale Kooperation keine Nachhaltigkeit

Das Wesen von Kooperation – Vertrauen über aller Unterschiede hinweg

Tarik Mustafa

Ich wurde gefragt, ob ich einen Beitrag über gesellschaftlichen Frieden bzw. den „Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ unter Betrachtung der Nachhaltigkeitsthemen schreiben könnte. Mit möglichst fassbaren „Optionen“, was konkret jede*r von uns tun oder wohin es für uns als Gesellschaft gehen könnte. Was schreibt man einer aufgeklärten Gemeinschaft, welche um die großen Nöte und die Ungerechtigkeiten auf der Welt Bescheid weiß? Denjenigen, die die noch bevorstehenden Konflikte auf unserer Welt erahnen können, welche sich durch die Klimakrise zuspitzen werden? Was schreibt man Menschen, welche seit Generationen allorts ihres tun, um Frieden zu stiften, Frieden zu halten? Was ist mit dem Gefühl der schieren Hilflosigkeit, dem jede*r Einzelne von uns immer wieder ausgesetzt ist? Gibt es über den Frieden in uns selbst hinaus und der täglichen Arbeit daran einen Ausweg aus dieser globalen Misere? Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit? Können wir auf Menschlichkeit und die menschliche Vernunft hoffen? Friede ent- und besteht durch gleiche Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen; nicht umsonst ist das Ziel Nr. 10 der „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Abbau von Ungleichheiten) der UN so zentral.

Der große Traum des Friedens

Eine solidarische Gesellschaft ist eine friedliche Gesellschaft. Partnerschaften auf jeder Ebene ebnen den Weg hierfür. Der große Traum des Friedens ist zumindest in Kerneuropa seit 75 Jahren Realität und zeigt, welche Auswirkungen Frieden auf die Lebensqualität hat. Wir sind in Europa und in Deutschland sehr privilegiert. Dieser Traum, bleibt für viele Regionen der Welt nur ein Traum. Es ist der Traum von einer solidarischen Gemeinschaft, von Menschen in einer Gesellschaft, die ihr Dasein nicht fristen, sondern ihre Persönlichkeit frei entwickeln (Art. 22, Menschenrechtserklärung). Wir leben in einer Zeit, in der globaler Austausch und die Möglichkeiten des Kennens und Wissens übereinander noch nie so einfach war:

„Allein globale Kooperation ermöglicht den Menschen der Zukunft einen erträglichen Lebensraum.“

Weltweiter Handel über aller Unterschiede hinweg, existiert schon seit Jahrhunderten; dies war und ist jedoch eine Domäne von wenigen Privilegierten. Das Internet ist eine Domäne vieler, die es erst ein paar Jahrzehnte gibt. Ein globales Miteinander braucht Entwicklungszeit. Ethnologisch wächst die Menschheit, wachsen die Gesellschaften, die Städte, Gemeinden und Dörfer unseres Planeten immer mehr zusammen. Durch das Internet dürfen wir heute die Geburt eines globalen Verständnisses erfahren, dieses ist jedoch noch längst keine Selbstverständlichkeit. Verständnis benötigt Zeit und langwierige Prozesse, um in allen Generationen sowie Kulturen in Gänze begriffen zu werden. Hierbei ist es von großer Bedeutung und Wichtigkeit, Kulturen, Identitäten und Vielfalt zu bewahren – globales Verständnis bedeutet nicht kollektive Selbstaufgabe. Am Beispiel des Klimaschutzes lässt sich aufzeigen, wie notwendig globales Verständnis über Zusammenhänge sowie kooperatives Denken und Handeln ist. Die deprimierende Erkenntnis aus Jahrzehnten der Nachhaltigkeits- und Klimabewegung ist, dass viel geredet wird, jedoch nicht viel passiert und Jahrzehnte später die gleichen Themen auf der Tagesordnung stehen. Allein globale Kooperation ermöglicht den Menschen der Zukunft einen erträglichen Lebensraum. Dies umfasst nicht nur Staaten und „die Politik“, sondern auch die Zivilgesellschaft, welche die Unterstützung der Politik erwarten und einfordern kann.

Wie können wir dies erreichen?

1. Handeln setzt Wollen voraus. Im Wortsinn „Notwendend“ dabei ist, dass Politik und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, denn der Kampf gegen den Klimawandel geht alle an. Es sind keine „Koalitionen der Willigen“, sondern Egoarme „Kooperationen der Wollenden“, die wir benötigen.
2. Wie heißt es so schön: „Wer will, der kann und wer kann, der macht.“ Eine globale „Lösungsdatenbank“ wäre ein großer Schritt. Alle Erfahrungen aus unterschiedlichen Kulturen, über die Anpassung an veränderte Umweltbedingungen, von Lebensbedingungen und Lebensstilen müssen gesammelt und ausgewertet werden. Dies können Datenwissenschaftler realisieren; die Menschheit weiß genug – doch leider nicht, wie dieses Wissen effektiv nutzbar gemacht wird. Diese Datenbank würde die Ansicht „Wir sind in einer Wiederholungsschleife“, in der wir scheinbar gefangen sind, durchbrechen.



3. Die Angst vor der Zukunft drängt sich voller Hoffnung freitags auf die Straße. Die Kinder von heute kämpfen für einen nachhaltigen Wandel und eine Bewusstseinschärfung der Gesellschaften für Ihre Zukunft. Doch wissen wir, dass es nicht nur das wandelnde Klima sein wird, sondern die aufkommenden Konflikte durch diesen Wandel und deren Aufgaben, welche sie in ihrer Zukunft zu bewältigen lernen müssen. Mit Sicherheit ist die Welt deswegen in 80 Jahren eine andere. Hierfür müssen die Kinder von 2020 ausgebildet werden, denn die Welt von morgen braucht andere Fähigkeiten und Kompetenzen.

Zeit des Vertrauens

Mir scheint, dass der Weg zur globalen Gemeinschaft in der Mündigkeit von Bürger*innen liegt, deren Motivation und Sehnsucht nach Gleichgewicht und Frieden in die notwendigen Prozesse einbezogen werden müssen. Die Expert*innen hierfür sind an der Basis, dort wo das Leben geschieht. Es sind dies die Mütter und Väter, die wissen, welche

Verpackungen sie wirklich benötigen. Die Handwerker*innen und Angestellten in Betrieben, welche aus ihrem System heraus wissen, welche Prozesse erforderlich für den Weg in die Nachhaltigkeit sind. Die Menschen in Dörfern und Städten, die wissen, dass durch regionale Wertschöpfung getragenes Gemeinwohl ein höheres Gut ist, als ein auf Ausbeutung basierender konsumorientierter Lifestyle.

Die Hoffnung liegt demnach in jeder einzelnen Persönlichkeit. Es ist die Zeit des Vertrauens in die menschliche Entwicklung und unsere Fähigkeiten. Der Appell, den ich hier an das Herz der Leserinnen und Leser geben mag, ist, die Kraft und den Willen der jungen Menschen und deren Willen zur Gerechtigkeit mit all Ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Denn hierin wächst Schöpfungsbewusstsein. Auf gutes Gelingen.

Tarik Mustafa ist Präsident der Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e. V. mit Sitz in Berlin sowie Vorsitzender des Kunstvereines Pulszeit e. V.

Erstmalig tagte die pax-christi-Delegiertenversammlung online

Viel Engagement und eine neue Erfahrung

Josef Roberg

Facetten aus dem Rückblick auf die Aktivitäten des vergangenen Jahres

Bischof Kohlgraf zieht Bilanz seines ersten Jahres als pax christi-Präsident: „Ich kann ehrlichen Herzens sagen, dass ich die Tätigkeit als pax christi-Präsident als Bereicherung empfinde und ich den kommenden Jahren als pax christi-Präsident mit Freude entgegensehe.“

pax christi bereitete die aktive Beteiligung am Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt vor, der vom 12. bis 16. Mai 2021 stattfinden wird. Geplant sind eine Ausstellung „Das Geschäft mit den Grenzen. Migrationsabwehr und Rüstungsexport“ sowie Veranstaltungen zu „Zivile Konfliktbearbeitung statt Rüstungsexport“ und zu Drohnen.

Die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria“ wurde vom Regionalverband Rhein-Main mit dem Bundesvorstand initiiert. Sie ist sehr erfolgreich angelaufen und findet viel Zuspruch. Mehr dazu auf den Seiten 6/7.

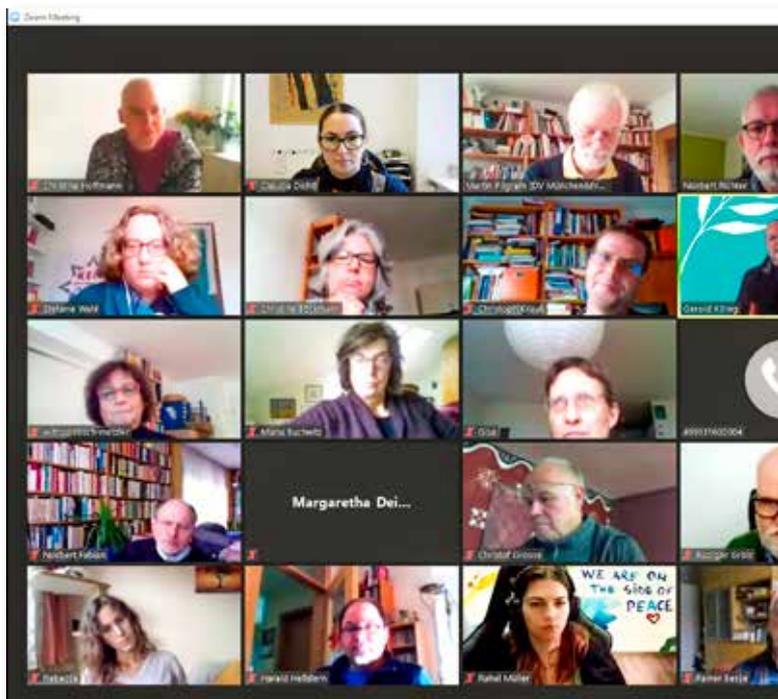
Im Sekretariat haben Rebecca Burkert und Susanne Weipert erfolgreich ihre Arbeit im Bereich Rüstungsexport, Aktive Gewaltfreiheit und Social Media (z. B. Instagram) fortgesetzt. Beide Projektreferentinnen werden von Misereor, bzw. Brot für die Welt finanziell gefördert.

„Gewaltfreie Zukunft? Gewaltfreiheit konkret! Ethische und theologische Impulse“ heißt die frisch erarbeitete Dokumentation des pax christi-Kongresses von 2019, mit der der Wissenschaftliche Beirat, die kirchliche und gesellschaftliche Diskussion über die pax christi-Vision einer Welt ohne Gewalt und Waffen stärkt.

Digital und rechtskräftig

Weil Reisen und Treffen aufgrund der Covid-19-Pandemie nur eingeschränkt möglich waren, wurde die Delegiertenversammlung am 24.10.2020 auf elektronischem Wege als Videokonferenz durchgeführt. Dieses Vorgehen entsprach Art. 2 § 5 des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht. Die Beschlussfassungen erlangen entsprechend § 5 (2) auf elektronischem Wege Gültigkeit.

Wichtig: Die Amtszeit des amtierenden Bundesvorsitzenden, Norbert Richter, verlängert sich entsprechend § 5 (1) dieses Gesetzes bis zur Bestellung seines Nachfolgers. Zudem verlängert sich auf Basis dieses Gesetzes der Auftrag der AG Christlich-Muslimischer Dialog bis zur nächsten Delegiertenversammlung – voraussichtlich im Frühjahr 2021.



Kommissionen

Die Berichte der Kommissionen spiegeln die große Bandbreite der pax christi-Arbeit wieder. Mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie gehen die Kommissionen kreativ um. Auch virtuell ist gemeinsame Arbeit möglich. Etwas Besonderes war die Verleihung des Düsseldorfer Friedenspreises an die Sprecherin der Kommission „Solidarität Eine Welt“ Margaret Buslay. Auch die pax_zeit gratuliert!

Beschlüsse

Die Delegierten genehmigten den Jahresabschluss 2019 und entlasteten den Bundesvorstand. Der Haushalt 2021 wurde beschlossen.

Die Anwendung der bischöflichen „Ordnung zum Umgang mit sexuellem Missbrauch durch Kleriker“ wurde in die Satzung aufgenommen.

Für Samstag, den 27. März 2021 wurde eine eintägige Delegiertenversammlung in Fulda beschlossen. Diese Versammlung soll unter Einhaltung der dann aktuellen Corona-Regeln in einem Hotel in Fulda stattfinden und Beteiligung per Video und durch Präsenz kombinieren.

„Auch wenn vieles anders war als gewohnt, auch wenn manches mühsam, dennoch alles viel besser als nix!“

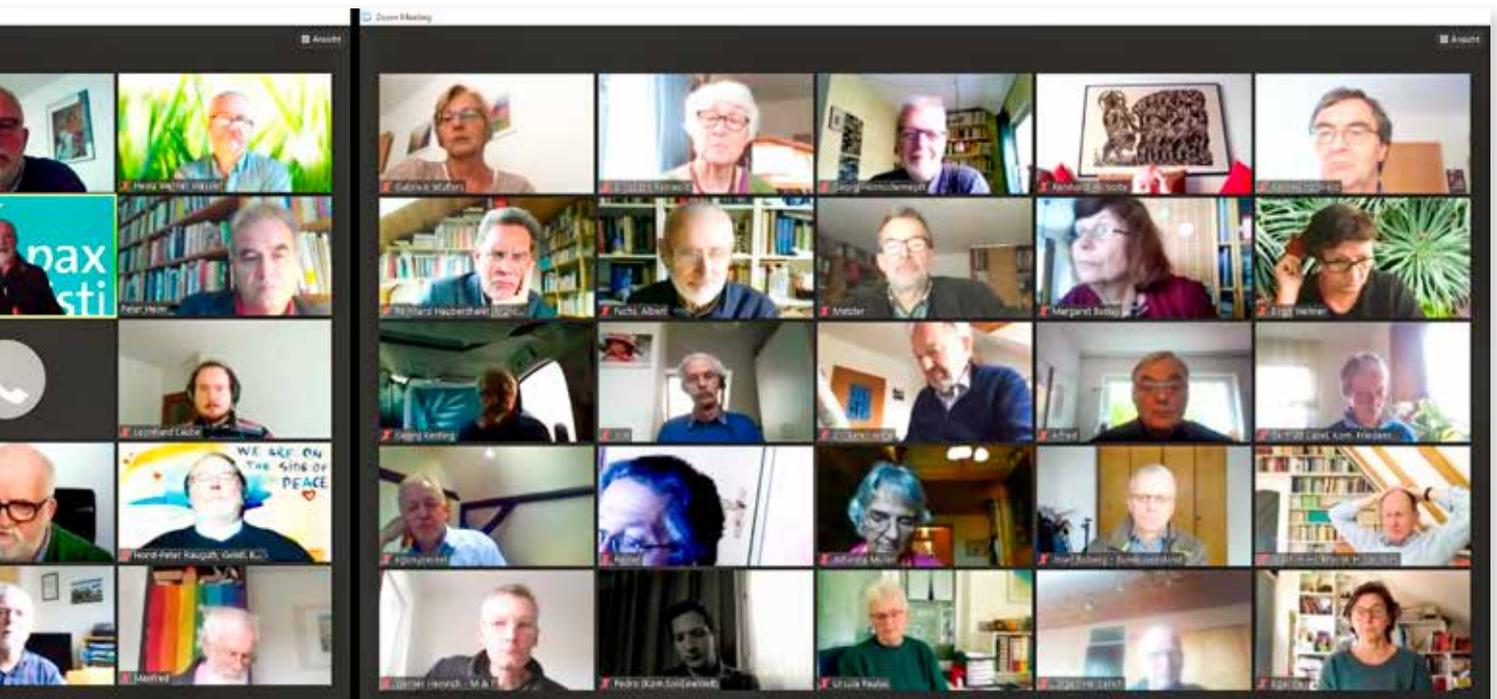
Gisa Luu, Frankfurt/Main

Vertretungen

pax christi-Engagierte arbeiten bundesweit in vielen Bündnissen mit. Diesem großen Engagement vieler Mitglieder ist es zu verdanken, dass die pax christi-Stimme deutlich zu vernehmen ist. Beispiele für Mitgliedschaften sind u. a.: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Forum ZFD, Bündnis Kindersoldaten, Kooperation für den Frieden, Maximilian Kolbe Werk.

Wer lokal Videokonferenzen machen möchte, kann Zugangsdaten und Informationen über das Berliner Sekretariat erhalten.

58 Teilnehmer*innen, zusammengeschaltet über das Videokonferenzsystem Zoom.



Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Keine bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr!

Unser Engagement ist gefordert

Die pax christi-Kommission Friedenspolitik und der Bundesvorstand haben sich in diesem Jahr in die politische Debatte um bewaffnete Drohnen und autonome Waffensysteme eingemischt. Lesen Sie hier eine Zusammenschau der Positionen.

Mit der öffentlichen Anhörung zur Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen des Typs „Heron TP“ am 5. Oktober erklärte der Verteidigungsausschuss die völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und ethische Debatte für beendet. Das Verteidigungsministerium bereitet einen Bundestagsbeschluss zur Drohnenbewaffnung vor, und in der SPD mehren sich die Stimmen, die ihr zustimmen. Vor der Anhörung nahm der Bundesvorstand zur Debatte Stellung. In der Erklärung heißt es: pax christi lehnt die Anschaffung von bewaffneten Drohnen kategorisch ab und kritisiert den eng geführten Diskussionsprozess. Bisher ist die Nutzung von Drohnen bei Bundeswehreinsetzungen auf die Aufklärungsdrohnen des Typs „Heron 1“ begrenzt. Der Wechsel zur moderneren „Heron TP“ bedeutet die Anschaffung eines Waffensystems, das bewaffnungsfähig ist und zum sofortigen Angriff eingesetzt werden kann. Für pax christi wird mit dem Einsatz von bewaffneten Drohnen eine Grenze überschritten und eine neue Dimension der Kriegsführung möglich gemacht.

Völkerrechtsbezug nicht glaubwürdig

In der Debatte um die Anschaffung der bewaffneten Drohnen grenzt sich das Bundesverteidigungsministerium bisher gegen kritische Verweise auf die US-Praxis des „war on terror“ und dem „targeted killing“ (gezielte Tötungen) mittels Drohnen ab. Es verweist auf die Bindung der Bundeswehr an das Völkerrecht, das Grundgesetz, das jeweilige Mandat und ihre Einsatzregeln („rules of engagement“). Im Widerspruch dazu steht die Duldung der völkerrechtswidrigen Drohnenkriegsführung der USA von der Air Base in Ramstein. Diese Haltung untergräbt die Glaubwürdigkeit des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung hinsichtlich des zukünftigen Einsatzes von bewaffnungsfähigen Drohnen. pax christi befürchtet ein Abrutschen der rechtlichen Maßstäbe, je mehr sich die amerikanische Praxis gezielter Tötungen jenseits klar bestimmter bewaffneter Konflikte als Völkergewohnheitsrecht durchsetzt.

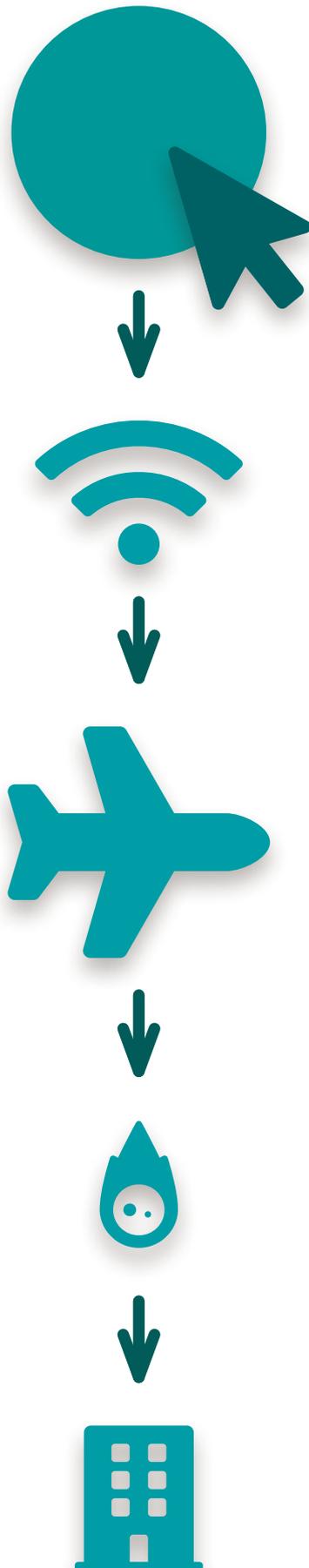
Inkaufnahme ziviler Opfer

Die Begründung, die Anschaffung von bewaffneten Drohnen sei notwendig, um den Schutz der Soldat*innen in zukünftigen Einsätzen zu gewährleisten, ist eine Engführung der Debatte. Die Klärung völkerrechtlicher Aspekte des Drohneneinsatzes, sowie die Diskussion die Folgen für das Leben der Zivilbevölkerung wurde in dem vom Verteidigungsministerium durchgeführten Diskussionsprozess nur unzureichend berücksichtigt. Bisherige Erfahrungen von Drohneneinsätzen zeigen, dass diese trotz anderslautender Bekundungen erhebliche zivile Opfer fordern und humanitäre Folgen haben. pax christi befürchtet, dass die Hemmschwelle zur Inkaufnahme von möglichen zivilen Opfern sinkt. Dadurch wird der Einsatz bewaffneter Drohnen wahrscheinlicher. Der Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr ist für pax christi vollkommen inakzeptabel.

Zwischenschritt zu automatisierter Kriegsführung

pax christi warnt vor einer schleichenden Einführung von autonomen Waffensystemen. Als langjähriger Beobachter von Rüstungszyklen ist sich pax christi sicher: Die Dynamik der technischen Entwicklung dieser Systeme wird zwangsläufig zur Beschaffung von autonomen Waffensystemen führen und könnte eine neue Aufrüstungsspirale in Richtung automatisierter Kriegsführung in Gang setzen. Bewaffnete Drohnen sind nach unserer Auffassung nur ein Zwischenschritt in diese Richtung. pax christi fordert von der Bundesregierung auf die Anschaffung bewaffneter Drohnen zu verzichten und sich stattdessen mit ihrem politischen Gewicht noch stärker für die völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einzusetzen. In der bisher geführten Debatte fehlt die Stimme der Zivilgesellschaft, sodass wir mindestens eine Neuauflage der völkerrechtlichen, verfassungsrechtlichen und ethischen Diskussion mit einer breiteren Beteiligung verschiedenster Akteur*innen erwarten.

Zusammengestellt von Odilo Metzler, Mitglied der Kommission Friedenspolitik und des Diözesanvorstandes Rottenburg-Stuttgart.



Einsatz von Kampfdrohnen ist keine Notwehr

Die Kommission Friedenspolitik stellt die Berufung auf Selbstverteidigung für den militärischen Einsatz von Kampfdrohnen grundsätzlich infrage. Für Notwehr fehlt die konkrete territorial und zeitlich umschriebene militärische Konfrontation; für die Opferseite – für gegnerische Kombattanten wie Zivilist*innen – entfällt jede Möglichkeit effektiver Gegenwehr. Ohne Wechselseitigkeit der Bedrohung aber gerät das Recht zu legitimer Verteidigung zu einem haltlosen Konstrukt. Im Dossier „Mit Kampfdrohnen und Killerrobotern für gerechten Frieden?“ analysiert die Kommission Friedenspolitik die Problemlage und bezieht dezidiert Stellung dazu. Darin heißt es: „Zur Zeit des Angriffs geht von den Zielpersonen keine Gefahr aus, schon gar nicht für jene, die den Angriff durchführen. Risikoloses Töten untergräbt die Erlaubnis zum Töten im Krieg (nach den Theorien des Gerechten Krieges). Hinzu kommt, dass der (US-amerikanische) ‚Antiterrorkrieg‘ durch territoriale und zeitliche Entgrenzung und auch – insbesondere im Falle von auf Verhaltensmuster oder kategoriale Zugehörigkeit, also auf Wahrscheinlichkeitswerte, abstellenden ‚Signature Strikes‘ – durch eine Entgrenzung des Spektrums der Zielpersonen gekennzeichnet ist. Demnach stellen gezielte Tötungen durch Drohnen illegale Hinrichtungen dar.“



Das Dossier ist als Beilage zu Heft 2/2020 der Zeitschrift Wissenschaft und Frieden erschienen und kann im pax christi-Sekretariat als gedrucktes Heft bestellt werden. Es ist auch als Download erhältlich:
www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=093

„Nichts ist mächtiger
als eine Idee zur
richtigen Zeit.“

VICTOR HUGO

Aktiv für ein Rüstungsexport- kontrollgesetz

Jetzt erst Recht!

Susanne Weipert

Die Aktionswoche der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ im September 2020 hatte das Motto „Frieden beginnt hier. Rüstungsexportkontrollgesetz Jetzt!“.

Viele Aktionen haben bundesweit auf das Ziel gepocht, das das Bündnis „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, bestehend aus über 100 Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung, Zivilgesellschaft und Kirche seit seiner Gründung 2011 verfolgt, um der unsäglichen deutschen Rüstungsexportpolitik endlich ein Ende zu setzen.

Von den im Bundestag vertretenen Parteien wird die Forderung nach einem Gesetz, das deutsche Rüstungsexporte stoppt oder massiv einschränkt, seit langem von der Partei DIE LINKE sowie Bündnis 90/Die Grünen erhoben. Die SPD-Fraktion hat sich jüngst im November 2019 für ein derartiges Gesetz ausgesprochen und selbst die FDP hat in ihrem letzten Wahlprogramm 2017 ein „Rüstungsexportgesetz“ gefordert. Nun scheint also endlich die Zeit gekommen, in der eine Mehrheit im Bundestag die Idee eines solchen Gesetzes befürwortet. Doch darüber, wie dieses Gesetz im Einzelnen aussehen soll, gibt es bisher nur wenige Übereinstimmungen.

Rüstungsexporte sind völkerrechtlich nur deswegen überhaupt legal, weil jedes Land ein Recht auf Selbstverteidigung hat und militärische Gewalt als letztes Mittel zur Selbstverteidigung (leider) als legitim gilt, aber nicht jedes Land seine Armee mit eigenen Waffen ausstatten kann. Umgekehrt resultiert daraus jedoch keine Pflicht, andere Staaten aus- oder gar aufzurüsten. Da wir nicht an einem Nullpunkt stehen, bei dem wir über die Frage einer möglichen Verpflichtung zum Waffenexport diskutieren müssen, um Selbstverteidigung jedes einzelnen Landes zu ermöglichen, sondern so ziemlich jedes Land der Welt über eine bewaffnete Armee verfügt, stellt sich also die Frage, nach welchen Kriterien wir überhaupt neue Waffen exportieren sollten.

Wahrscheinlich reichen alle derzeit verfügbaren Waffen auf der Welt für die nächsten 50 oder 100 Jahre aus. Die Antwort



Foto: pax christi

von deutscher Seite kann ganz einfach lauten: Für uns gibt es keine Fälle mehr, in denen wir Rüstungsexporte genehmigen werden. Die differenziertere Antwort kann jedoch auch lauten: nur noch in zu begründenden Ausnahmefällen.

Ansprüche der Kampagne an das Gesetz

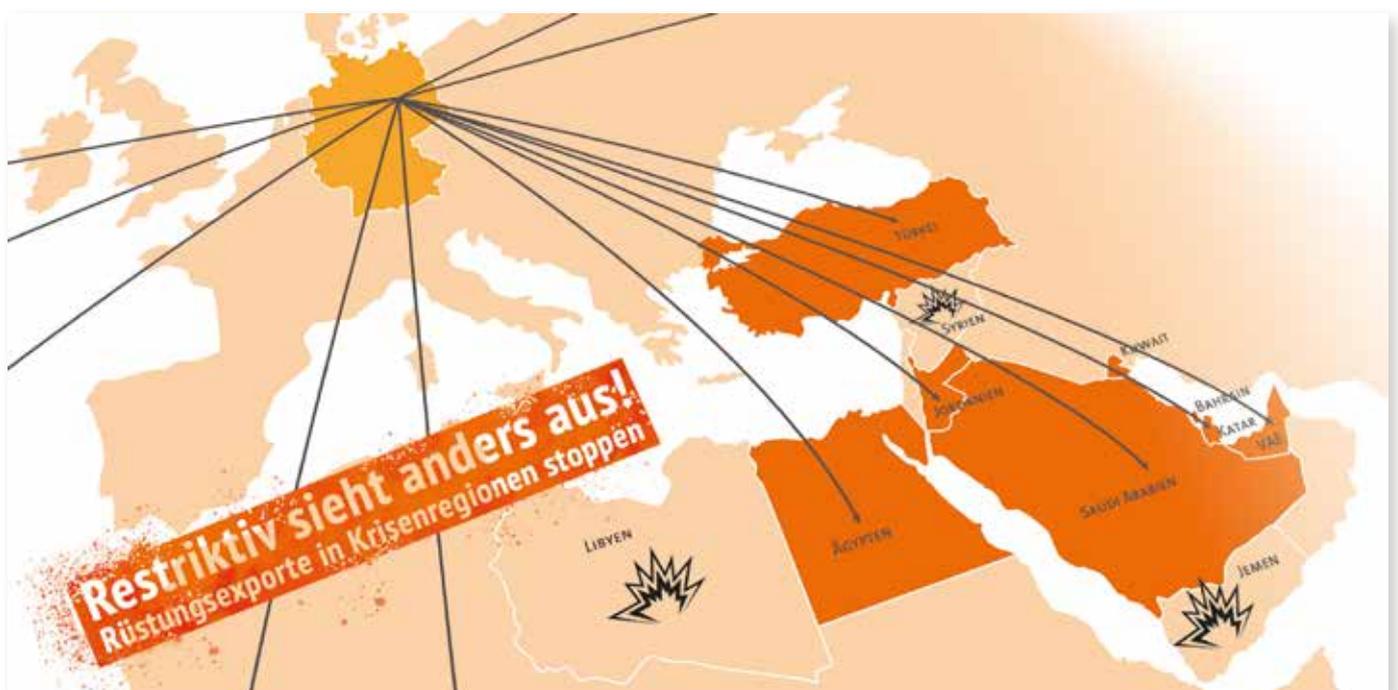
„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das folgende Punkte unbedingt enthalten muss:

- Die Unterscheidung von Kriegswaffen und sogenannten sonstigen Rüstungsgütern wird aufgehoben. Jeder Rüstungsexport wird den gleichen strengen Prüfkriterien unterworfen.
- Der Export von kleinen und leichten Waffen (gemäß umfassender UN- und nicht der derzeit angewendeten EU-Definition), und dazugehöriger Munition werden verboten.
- Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen und damit meist im Zusammenhang stehende Exporte von Herstellungsausrüstung, Technologie und Software werden verboten.
- Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete und an menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten werden nicht genehmigt.
- NATO und NATO-gleichgestellte Länder werden nicht mehr bevorzugt behandelt. Die Einhaltung von Völkerrecht und der Menschenrechte gilt uneingeschränkt für alle Empfängerländer.
- Staatliche Exportkreditgarantien für Rüstungsgeschäfte (Hermesbürgschaften) werden nicht mehr vergeben.
- Die Bundesregierung muss jede Exportgenehmigung anhand der zu prüfenden Kriterien begründen und in kurzen Abständen über ihre erteilten Genehmigungen berichten.
- Exportgenehmigungen können jederzeit widerrufen werden, damit dem Staat keine möglichen Kosten durch Schadensersatz- bzw. Kompensationsforderungen entstehen.

- Es wird ein Verbandsklagerecht geschaffen, das es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen.
- Europäische Abkommen über gemeinsame Exportregeln für in Kooperation produzierte Rüstungsgüter gelten nur, wenn die Regeln des deutschen Rüstungsexportkontrollgesetzes nicht unterlaufen werden. In diesem Zusammenhang ist das deutsch-französische Abkommen, das im Oktober 2019 geschlossen wurde, nachzubessern, da zum Beispiel bei Anwendung des darin enthaltenen „De-minimis“-Grundsatz nur noch in besonderen Ausnahmefällen von deutscher Seite gegen ein französisches Exportvorhaben widersprochen werden kann.
- Es wird eine Sorgfaltspflicht der Rüstungsunternehmen für Menschenrechte implementiert (Stichwort Lieferkettengesetz), damit kein Unternehmen mehr seinen Profit vor die Menschenrechte stellen und eine vermeintliche Verantwortungslosigkeit mit einer behördlichen Genehmigung rechtfertigen kann.
- Es wird ein Rüstungskonversionsfonds eingerichtet, um die Umstellung von militärischer zu ziviler und nachhaltiger Produktion zu fördern.

Machen Sie mit! Fordern Sie Ihre Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis auf, sich für ein Rüstungsexportkontrollgesetz einzusetzen: Bei lobbying4peace.de finden Sie dazu einen vorformulierten Brief. Für direkte Aktionen in Ihrem Ort sowie zur Informationsverbreitung finden Sie neues Aktions- und Infomaterial auf www.paxchristi.de und aufschrei-waffenhandel.de. Das Material kann dort kostenlos bestellt werden.

Susanne Weipert ist Projektkoordinatorin für die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“





Auch Meilensteine werden Geschichte

Anmerkungen zum Bischofswort „Gerechter Friede“

Stefan Silber

Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ (GF) aus dem Jahr 2000 ist gar nicht mal so schlecht. Darauf hat Christine Hoffmann in der pax_zeit schon hingewiesen und einige Aspekte herausgestellt, die ihrer Meinung nach dieses Bischofswort zu einem „Meilenstein der Friedensethik“ machen. Dennoch enthält das Dokument manchen Überrest aus der Friedens- (und Kriegs-!) Theologie vergangener Zeiten, die bei einer Weiterentwicklung der kirchlichen Lehre vom Gerechten Frieden überwunden werden müssten.

Aus der Sicht der katholischen Friedensbewegung reicht es nicht, die positiven Aspekte des zwanzig Jahre alten Bischofswortes zu erhalten. Es ist vielmehr wichtig, das aktuelle Lehramt von Papst Franziskus und die Weiterentwicklungen in Friedensethik und Kriegsrealität zu berücksichtigen. Ein erster Schreck stellt sich ein, wenn auf den ersten Seiten von GF die biblische Reflexion mit der Sünde beginnt (GF 13–5). Wer denkt sich so etwas aus? Die Bibel beginnt mit einem Friedensbild, nicht mit einer „Szene voller Gewalttätigkeit“ (GF 13). Am Anfang sieht Gott, dass alles gut war, denn die Schöpfung war in bester Ordnung, Chaos und Finsternis waren überwunden, Frauen und Männer waren in Gottes Auftrag und in Gottes Ebenbild zur Weiterführung dieser Schöpfung beauftragt

(und befähigt) – und am siebten Tag schuf Gott ausdrücklich Ruhe und Frieden. Das ist die biblische Grundlage, und nur auf dieser Folie ist das Ärgernis des Sündenfalls (Gen 2–3) und der Schrecken des Mordes (Gen 4) überhaupt zu beurteilen.

Kritik an der Bundeswehr? Fehlanzeige

Mit dieser falschen Eröffnung steht jedoch das Bischofswort auf tönernen Füßen: Die Menschheit wird von der Gewalt her beurteilt und nicht von ihrer Berufung – und ihrer Fähigkeit – zum Frieden. Eine zweite negative Überraschung: Nachdem im zweiten Kapitel recht ausführlich, begründet und positiv über den Gerechten Frieden im Zusammenhang mit Menschenrechten, Gewaltprävention, Entwicklung, internationaler Zusammenarbeit und ziviler Konfliktlösung reflektiert wurde, folgt quasi als Appendix ein Abschnitt zu „Bedeutung und Grenzen militärischer Mittel“ (GF 129–161). Dieser Abschnitt steht völlig erratisch und zusammenhanglos am Ende eines Kapitels, das eigentlich Alternativen zur militärischen Gewalt behandelt, und versucht, nun diese Gewalt als eine andere, gleichberechtigte Form der Konfliktlösung zu präsentieren.

Inhaltlich scheint der Text aus einer Werbebroschüre der Bundeswehr abgeschrieben zu sein. Kritik an der Bundeswehr



und an der affirmativen Kriegspolitik der Bundesregierung findet sich darin nicht. In ähnlicher Weise werden später in GF 181 und in GF 206 unvermittelt Soldat*innen eingeführt und den Friedensdiensten gleichgestellt. Militärische Praxis ist aber mit ziviler Konfliktlösung eben nicht vergleichbar, sie sind auch nicht komplementär oder bestimmten Formen von Konflikten jeweils angemessener. Zivile Konfliktlösung tritt vielmehr an, um den Schaden militärischer Einsätze zu begrenzen oder wiedergutzumachen. Zwischen den „zivilen“ und den „militärischen“ Teilen des Hirtenwortes besteht eine ungelöste Spannung. Hier müsste in der Überarbeitung des Wortes deutlicher herausgearbeitet werden, dass „Gerechter Frieden“ eben nicht mit Militär, sondern nur mit ziviler Praxis zu erreichen ist. Darüber hinaus müssten natürlich die gesellschaftlichen und weltpolitischen sowie die friedentheologischen und kirchlichen Weiterentwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte berücksichtigt werden. Die zunehmend aggressive militärische Absicherung kapitalistischer Interessen der NATO-Staaten (auch Deutschlands) kann da nicht unreflektiert bleiben. Auch das Erstarken von nationalistischer und neofaschistischer Politik – zudem im Verbund mit fundamentalistischem, auch katholischem Christentum – in den USA, in Brasilien und in Europa gefährdet den „Gerechten Frieden“ weltweit.

Gewaltfreiheit ist die Alternative zu militärischer Gewalt

Schließlich müsste die Bischofskonferenz sich endlich ausdrücklich und vollständig gegen die atomare Bewaffnung, auch die nukleare Teilhabe, sowie gegen den Rüstungsexport aussprechen. Die vielfältigen friedensethischen Impulse von

„Gerechter Friede weiter Denken“ so hieß 2015 der pax christi-Kongress. Jetzt denken andere nach. Eine Autor*innengruppe erarbeitet im Auftrag der Kommission Weltkirche der Bischofskonferenz Vorschläge für „Gerechter Friede II“. Hier in der pax_zeit und auf www.paxchristi.de sammeln wir Gedanken aus der pax christi-Bewegung zur Fortschreibung des Hirtenwortes „Gerechter Friede“ und geben diese als Anregung weiter. Wer von den pax_zeit-Leser*innen selbst dazu etwas beitragen möchte, sende gerne einen Text an sekretariat@paxchristi.de.

Papst Franziskus, auch im Zusammenhang mit Migration, Klimawandel und im Einsatz gegen eine mordende Wirtschaft, müssen eine Neuausgabe des Hirtenwortes prägen. Die Bischofskonferenz eines Landes, das zu den Weltmeistern im Rüstungsexport gehört, kann zu diesen Verbrechen, die Franziskus auf das Schärfste verurteilt, nicht schweigen.

Die Arbeit der Catholic-Nonviolence-Initiative, die gezeigt hat, dass eine Theologie und Spiritualität der Gewaltfreiheit die bessere, ja die einzige Alternative zur militärischen Gewalt darstellt, könnte eine Grundlage dieses Hirtenwortes darstellen. Auch das Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ der badischen Landeskirche wäre ein wichtiger ökumenischer Dialogimpuls, der ernst genommen werden sollte. Selbst an Meilensteinen geht der Weg vorbei. Zwanzig Jahre nach „Gerechter Friede“ sollte die Deutsche Bischofskonferenz den Mut finden, sich den prophetischen Impulsen von Papst Franziskus anzuschließen.

Prof. Dr. Stefan Silber lehrt Systematische Theologie an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Paderborn, ist Mitglied des Diözesanvorstands von pax christi Würzburg und des Wissenschaftlichen Beirats von pax christi Deutschland.

„Die Nutzung der Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, ebenso wie der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist.“

Papst Franziskus am 6.8.2020 in Hiroshima zum 75. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs



Foto: Marion Kipker

Catholic Workers aus Amsterdam bei der internationalen Aktionswoche im Juli 2020 in Büchel

Die Nukleare Gefangenschaft beenden!

Appell an die Tornado-Pilot*innen

Mitglieder der pax christi-Gruppe Bonn haben im Juni 2020 in der Rhein-Zeitung einen Appell an die Tornado-Pilot*innen in Büchel formuliert, in dem diese aufgefordert werden, die weitere Mitwirkung an der „nuklearen Teilhabe“ zu verweigern. Unter den Unterzeichnenden waren sehr viele Mitglieder aus der pax christi-Bewegung. Sicher hatten die klare Positionierung von Papst Franziskus und die deutliche Aussage von Bischof Kohlgraf gegen die Bereithaltung von Atomwaffen am kirchlichen Aktionstag in Büchel die Motivationen gestärkt.

Über Zeitungsanzeigen und Korrespondenzen mit politisch Verantwortlichen sowie Anträgen an Parteien versuchen wir, der völkerrechtswidrigen Argumentation der Bundesregierung in der Atomwaffenfrage entgegenzutreten. Gemäß Nichtverbreitungsvertrag (NVV) dürfen Nichtnuklearwaffenstaaten Atomwaffen weder unmittelbar noch mittelbar (Büchel!) entgegennehmen. NATO und Bundesregierung behaupten, der NVV gelte nicht mehr im Ernstfall. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hatte 1996 eindeutig mit klarer Mehrheit erklärt, dass Atomwaffeneinsätze prinzipiell („generally“) dem humanitären Völkerrecht widersprechen. Eine Ausnahme hat der IGH nicht legalisiert, wie die Bundesregierung suggeriert. Über die Frage, ob ein Atomwaffeneinsatz im Extremfall der Gefährdung eines ganzen Staates doch erlaubt wäre, hat das Gericht ausdrücklich keine Entscheidung getroffen. Der IGH betont aber, dass selbst dann die Regeln des humanitären

Kriegsvölkerrechts angewendet werden müssten (u. a. Differenzierung zwischen Kombattanten und Zivilist*innen, Verhältnismäßigkeit der Waffenanwendung, keine „unnotigen“ Grausamkeiten oder Leiden, keine dauerhafte Beschädigung der Umwelt usw.). Wie irgendein Atombombeneinsatz-Szenario mit diesen Regelungen kompatibel sein soll, hat bislang kein Nuklearwaffenstaat darlegen können. Die Behauptung der Bundesregierung, dass das humanitäre Völkerrecht nur für konventionelle Waffen gelte, ist unhaltbar.

Seit dem 7. Juli 2017 liegt der Atomwaffenverbotsvertrag vor, um völkerrechtliche Eindeutigkeit zu schaffen. Wir alle sollten uns noch entschiedener für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags einsetzen – als konkreten Schritt zur Ächtung der Atomwaffen weltweit.

Martin Singe und Armin Lauen von pax christi Bonn haben den Appell an die Tornado-Pilot*innen initiiert.



Wir informieren gerne ausführlicher über Hintergründe und Aktionsmöglichkeiten arminlauen@gmx.de

Appell an die Tornado-Pilot*innen:
www.buechel-atombombenfrei.jimdofree.com

*pax christi Speyer hat zwei Stellen für weltwärts-Freiwillige in Ecuador eingerichtet. Hier werden Lehrer*innen an einer inklusiven Modellschule in einem Armenviertel unterstützt sowie ein Jugendzentrum, das familiäre Gewalt mindern und Jugendliche zur demokratischen Mitbestimmung erziehen will.*



Neue Konzepte der Friedenssicherung

Eine Offline-Veranstaltung geht Online

Monika Bossung-Winkler

75 Jahre Kriegsende: pax christi Speyer war aus diesem Anlass erstmals eine Kooperation mit dem Forum Katholische Akademie und dem Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen eingegangen. Corona-bedingt waren öffentliche Veranstaltungen nicht möglich – doch das Heinrich-Pesch-Haus hatte die notwendige Technik und Erfahrung zur Durchführung von Online-Veranstaltungen. Auch unser Dozent Clemens Ronnefeldt, ließ sich auf das neue Format ein. Zudem wurde die Tagung durch die katholische Studienbegleitung der Uni Landau bei den Studierenden erfolgreich beworben.

So nahmen am 11. Mai tatsächlich mehr als 40 Personen an der Online-Veranstaltung teil; eine Mischung aus „alten Hasen“ der Friedensbewegung und jungen Menschen, die teilweise zum ersten Mal mit dem Unterschied zwischen Sicherheitslogik und Friedenslogik konfrontiert wurden. Neben der altersmäßigen Zusammensetzung hatte diese Veranstaltungsform den Charme, Menschen aus dem ganzen Bistum und darüber hinaus einbinden zu können. Allerdings merkten wir auch, dass es für einen Referenten ungewohnt und anstrengend ist, online zu sprechen und 90 Minuten zu bestreiten.

Bei dieser recht großen Zahl von Teilnehmenden mussten die Fragen auch per Chat eingegeben und vom Moderator vorgelesen werden, sodass der Austausch doch sehr indirekt war. Trotzdem waren wir mit dieser ersten Online-Veranstaltung sehr zufrieden. Für August probierten wir eine Variante dieser

Veranstaltungsform aus. Zum Thema „Atomwaffen (k)ein Auslaufmodell“ sprachen Thomas Zuche von der Arbeitsgemeinschaft Frieden in Trier und unser geistlicher Beirat Horst-Peter Rauguth. Beide Theologen und Politologen referierten je 20 Minuten zu den neuen politischen Entwicklungen und Gefahren sowie zur Haltung der Kirche zu Atomwaffen und der deutlichen Positionierung von Bischöfen und Papst Franziskus, die eine Ächtung der Atomwaffen fordern. Durch die kürzeren Statements der beiden Referenten wurde die Diskussion angeregt und partizipativer.

Aufgrund der geringeren Zahl der Teilnehmenden waren individuelle Wortmeldungen möglich. In diesem Fall waren die beiden Referenten tatsächlich in Trier und Saarbrücken und wir konnten trotzdem eine spannende Diskussion mit ihnen führen. Zugegeben – diese Veranstaltungsform war zunächst aus der Not geboren und ersetzt keinen persönlichen Austausch. Trotzdem bot sie Möglichkeiten, die wir mit einer Präsenzveranstaltung nicht erreicht hätten: die Integration einer neuen Gruppe von Zuhörer*innen, die Erhöhung der Reichweite und eine Diskussion mit Referenten, die wir in einer Präsenzveranstaltung nicht so leicht zusammengebracht hätten. Außerdem haben wir mit dem Forum Katholische Akademie einen neuen Kooperationspartner, mit dem noch weitere Veranstaltungen folgen werden. Das neue Format führte zu einer bunten Mischung aller Altersgruppen; eine wunderbare Erfahrung für uns.

Monika Bossung-Winkler ist Diözesanvorsitzende von pax christi Speyer.



Foto: pax christi Speyer

Meldungen aus den Kommissionen und Kampagnen

Odilo Metzler

„Das Kongotribunal“

Die Kommission Solidarität mit Zentralafrika lud im September ins Cinema Münster ein zum „Kongotribunal“, einem Theater- und Filmprojekt von Milo Rau, das in Bukavu (Ostkongo) und in Berlin gedreht und aufgeführt wurde. Kriegspfer, Milizionäre, Vertreter*innen multinationaler Konzerne und der kongolesischen Regierung, Oppositionelle und Mitarbeitende verschiedener NGOs kommen darin zu Wort. Der Film und das Gespräch u. a. mit Kommissionsmitglied Reinhard Voss machten die Notwendigkeit eines Wahrheitstribunals deutlich.

Blutspur vor dem Wirtschaftsministerium

Mit der Kunstaktion „Rüstungsexporte können tödlich sein“ machte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am UN-Friedenstag, dem 21. September in Berlin auf die Verantwortung des Wirtschaftsministeriums bei Waffenexporten aufmerksam. Angesichts von Rüstungstransfers selbst in Kriegs- und Krisengebiete zog sich eine „Blutspur“ vom „Mauerbrunnen“ bis zum Haupteingang des Ministeriums, gesäumt von Waffenattrappen. Aktivist*innen warben für die Notwendigkeit eines Rüstungsexportkontrollgesetzes.

Ausufernde Polizeigewalt in Kolumbien

Die Kommission „Solidarität Eine Welt“ verurteilte den Gewaltmissbrauch und den Einsatz von Schusswaffen der kolumbianischen Polizei gegen friedliche soziale Proteste und forderte die Bundesregierung zum Handeln auf. Die Regierung Duque verletze systematisch das Recht auf Protest, die Einsatzkräfte seien eine Bedrohung für die Bevölkerung. Auch habe es in diesem Jahr mehr als 200 Morde an sozialen Aktivist*innen und 60 Massaker durch die paramilitärischen Aguilas Negras (Schwarze Adler) gegeben.

Bundesregierung mitschuldig an Kriegsverbrechen im Jemen

Nach dem Bericht der UN-Expertengruppe zum Jemen für den UN-Menschenrechtsrat, der den Stopp der Waffenlieferungen an Kriegsparteien und die Befassung des Internationalen Strafgerichtshof mit Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen im Jemen forderte, erklärte die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, durch Rüstungsexportgenehmigung von mindestens 23 Millionen Euro an die Vereinigten Arabischen Emirate allein im ersten Halbjahr 2020 mache sich die Bundesregierung daran mitschuldig.

Minderjährige in der Bundeswehr

Letztes Jahr hat die Bundeswehr 1705 unter 18-Jährige eingestellt. 747 waren auch nach Ablauf der sechsmonatigen Probezeit noch minderjährig. Diese Zahlen des Verteidigungsministeriums zeigten, dass Kinderrechte nach der UN-Kinderrechtskonvention bei der Bundeswehr massiv verletzt werden, z. B. durch Unfälle bei militärischen Übungen und Fälle von sexuellem Missbrauch und Gewalt, erklärte die Kampagne „Unter 18 nie!“.

Unternehmen verantwortlich für Menschenrechte

In einem Factsheet zu thyssenkrupp und Burundi zeigte die Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“ auf, dass die Praxis der Rohstoffimporte dazu beitrage, dass mehr als 72 Prozent der Menschen in Burundi weniger als 1,90 Dollar zum Leben haben. pax christi fordert deshalb ein Lieferkettengesetz.



Ausführliche Meldungen: www.paxchristi.de

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Auch wenn der Blick in diesen Zeiten auf die Corona-Pandemie gerichtet ist, sind viele Friedenthemen aktueller denn je. Das Rettungsschiff „SeaWatch4“ hat im August im Mittelmeer seine Mission aufgenommen; pax christi ist über das Bündnis „United4Rescue“ beteiligt. Bei seinem ersten Einsatz wurden 353 Menschen aus Seenot gerettet und in einen sicheren Hafen gebracht. Ende September haben die italienischen Behörden das Schiff mit vorgeschobenen Gründen in Palermo festgesetzt. Der Vorstand engagiert sich in einem Bündnis für die Verabschiedung eines Lieferkettengesetzes und trägt Aktionen mit.

Die Pandemie bringt neue Kommunikationsformate hervor. Ein erster Online-Talk im September nahm den Rüstungsexport in den Focus; dreißig Personen waren von zu Hause zugeschaltet. Expert*innen berichteten über Entwicklungen und diskutieren mit den Teilnehmer*innen. Einmal im Monat ist dieses Format zu unterschiedlichen Friedenthemen geplant.

Und: pax christi bietet einen Online-Video-Kurs zum Thema „Gewaltfreiheit“ an.



Aktuelle Infos über diese und alle weiteren Aktivitäten finden sich stets auf www.paxchristi.de

Zeit zum Wachsen und Reifen

Birgit Wehner

In meiner Kindheit schien die Zeit vom 1. Advent bis zum Heiligen Abend unendlich langsam zu vergehen, die Neugier auf die Weihnachtsgeschenke war oft unerträglich.

Manchmal hörte man die Eltern flüstern oder sie brachen ein Gespräch ab, wenn ich ins Zimmer kam. Ab und zu brachte meine Mutter etwas aus der Einkaufstasche gleich ins Schlafzimmer in ihren Kleiderschrank. Und auch wenn die Tage im Advent mit schönen Dingen gefüllt waren, die Tage vergingen langsam.

Und manchmal habe ich dann auch gelinst. Da hatte ich dann schon eine Vorahnung, was in dem einen oder anderen Paket drin sein würde. Das war kurzfristig befriedigend, hat aber gleich auch die Spannung und Vorfremde getrübt.

Hier und in vielen Bereichen unseres Lebens gilt der alte Grundsatz „Gut Ding will Weile haben“.

In der Friedensarbeit geht es meistens langsam voran. Nichts scheint sich zu bewegen, immer die gleichen Themen auf der Tagesordnung. Und der Weltfrieden himmelweit entfernt. Und dann plötzlich doch – der 50. Staat hat den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben, nicht alle, aber mehr Geflüchtete als zunächst angekündigt, werden aus Moria aufgenommen. Ein Waffenproduzent wird wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Überall war langer Atem nötig.

Nicht selten erleben wir in diesen Tagen, wie Ungeduld Prozesse zum Scheitern bringt. Die Politik wird bestimmt von schnellen Aktionen, die kurzfristig vorzeigbare Ergebnisse bringen sollen. Tun sie das nicht, ist die Wiederwahl in Gefahr.

Wir sind im zweiten Lockdown und die Pandemie scheint kein Ende zu nehmen. Auch die Ungeduld von vielen hat Infektionszahlen steigen lassen und die gesellschaftliche Diskussion vergiftet.

Schlecht war die Lage zurzeit rund um die Geburt Jesu. Fremdherrschaft, hohe Steuerlast, soziale und religiöse Spaltung. Not und Wut lagen – wie so oft – nah beieinander. Und es gab Menschen, die trotz widriger Umstände auf die Zusage Gottes vertraut haben. Maria, die Hörende, Josef, der Gerechte, die Sterndeuter mit erwartungsvollem Blick in den Himmel und die Hirten auf dem Feld, die sich die Neugier bewahrt haben.

Der Advent ist die Zeit des Wartens auf den Erlöser. Unsere Tradition hat viele Elemente entwickelt, die das Warten und Geduld üben zum Thema machen. So der Adventskranz mit seinen vier Kerzen. Jede Woche kommt ein neues Licht dazu. Da ist der Adventskalender, bei dem jeden Tag eine neue Tür aufgeht.

In diesem Sinne wünsche ich uns für die Adventszeit, dass es gelingt, Geduld zu üben in dem Wissen, dass viele Dinge Zeit zum Wachsen und Reifen brauchen, dass das Licht mehr wird, jeden Tag eine neue Tür aufgeht – und das am Ende die Zusage steht „Fürchtet Euch nicht!“.

Birgit Wehner ist Mitglied im pax christi-Bundesvorstand und im Vorstand von pax christi Rhein-Main.





Nie wieder Krieg!

Jeder Krieg hinterlässt die Welt schlechter, als er sie vorgefunden hat. Krieg ist ein Versagen der Politik und der Menschheit, eine beschämende Kapitulation, eine Niederlage gegenüber den Mächten des Bösen. Halten wir uns nicht mit theoretischen Diskussionen auf, sondern treten wir in Kontakt mit den Wunden, berühren wir das Fleisch der Verletzten. Schauen wir auf die vielen massakrierten Zivilisten als „Kollateralschäden“. Fragen wir die Opfer. Achten wir auf die Flüchtlinge, auf diejenigen, die unter atomarer Strahlung oder chemischen Angriffen gelitten haben, auf die Frauen, die ihre Kinder verloren haben, auf die Kinder, die verstümmelt oder ihrer Kindheit beraubt wurden. Achten wir auf die Wahrheit dieser Gewaltopfer, betrachten wir die Realität mit ihren Augen und hören wir ihren Berichten mit offenem Herzen zu. Dann können wir den Abgrund des Bösen im Innersten des Krieges sehen, und es wird uns nicht stören, als naiv betrachtet

zu werden, weil wir uns für den Frieden entschieden haben. Wir müssen uns auch die Frage stellen, wie nachhaltig eine auf Angst gegründete Stabilität sein kann, insofern sie die Angst noch vergrößert und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den Völkern untergräbt. Internationaler Frieden und internationale Stabilität dürfen nicht auf ein falsches Gefühl der Sicherheit gegründet sein, auf die Androhung gegenseitiger Zerstörung oder totaler Auslöschung oder indem man bloß ein Kräftegleichgewicht aufrechterhält. [...] In diesem Kontext wird das letzte Ziel der vollkommenen Abschaffung von Atomwaffen sowohl zu einer Herausforderung als auch zu einer moralischen und humanitären Pflicht.

Aus den Absätzen 261 und 262 der Enzyklika „Fratelli Tutti“ des Heiligen Vaters Papst Franziskus über die Geschwisterlichkeit.

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e.V.

Pax-Bank eG

IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10

BIC GENODED1PAX

Verwendungszweck: Frieden spenden